

**BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT****Bundeswirtschaftskammer**Bundeswirtschaftskammer 1045 Wien
Postfach 198An das
Präsidium des Nationalrates
Parlament

1010 Wien

St. Abzwangen

GESETZENTWURF
65 - GE/9 85
Datum: 20. SEP. 1985
Verteilt 23. SEP. 1985 <i>Vait</i>

Ihre Zahl/Nachricht vom

Unsere Zahl/Sachbearbeiter
RGp 206/85/Kö/BTV(0222) 65 05
4296 DWDatum
17.9.1985Betreff
Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
das Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985
geändert wird.

Dem Ersuchen des Bundeskanzleramtes entsprechend, übermittelt die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft 25 Ausfertigungen ihres zum rubrizierten Gesetzesentwurf erstatteten Gutachtens mit der Bitte um gefällige Kenntnisnahme.

BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT

Der Generalsekretär:

Anlage
(25-fach)

**BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT****Bundeswirtschaftskammer**

Bundeswirtschaftskammer ¹⁰⁴⁵ Wien
Postfach ¹⁹⁹

An das
Bundeskanzleramt

Ballhausplatz 2
1014 Wien

Ihre Zahl/Nachricht vom
601.457/5-V/1/85

Unsere Zahl/Sachbearbeiter
RGp 206/85/Kö/BTV

(0222) 65 05
4296 DW

Datum
17.9.1985

Betreff
Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985 geändert wird.

Die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft beehrt sich mitzuteilen, daß gegen den im Betreff genannten Gesetzentwurf kein Einwand erhoben wird, insoweit darin durch Neufassung des § 46 Abs 1 VwGG eine Neuregelung der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand unter Berücksichtigung der jüngsten Judikatur des Verfassungsgerichtshofes vorgenommen wird.

Ebenfalls kein Einwand zu erheben ist gegen die Neufassung des § 27 VwGG, sofern von einer Realisierung des § 36 e Abs 1 AVG in der Fassung des derzeit in Begutachtung befindlichen Entwurfes einer AVG-Novelle ausgegangen wird. Da aber möglicherweise die komplexen Probleme des Bürgerbeteiligungsverfahrens einer eingehenderen Vorberatung auf ministerieller und parlamentarischer Ebene bedürfen werden, wird wohl damit zu rechnen sein, daß die auf Grund der Fristsetzung des Verfassungsgerichtshofes dringende Neuregelung des § 46 Abs 1 in einem gesonderten Gesetz verwirklicht werden muß.

Einem Ersuchen des Bundeskanzleramtes folgend, übermittelt die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates.

BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT
Der Präsident: Der Generalsekretär: